BPlan Nr. 9 „Lindenallee“, Stadt Ilsenburg OT Darlingerode

Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB
vom 06.04.2021 bis 07.05.2021, Stand: Mai 2021

Nr.	TÖB, Datum Schreiben, Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
1	Feuerwehr Stadt Ilsenburg, Stadtwehleiter M. Voigt Schreiben vom 11.04.2021	
1.1	<p>Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 9 „Lindenallee“ Darlingerode und die zugehörige Begründung wurden durch die Feuerwehr der Stadt Ilsenburg im Rahmen der öffentlichen Auslegung gesichtet.</p> <p><u>Begründung S. 24, 6.8 Löschwasserversorgung:</u> Der insgesamt benötigte Löschwasserbedarf ist in einem Umkreis (Radius) von 300 m nachzuweisen. Diese Regelung gilt nicht über unüberwindbare Hindernisse hinweg. Das sind z.B. Bahntrassen, mehrspurige Schnellstraßen sowie große, langgestreckte Gebäudekomplexe, die die tatsächliche Laufstrecke zu den Löschwasserentnahmestellen unverhältnismäßig verlängern. Die Löschwasserversorgung für den ersten Löschangriff zur Brandbekämpfung und zur Rettung von Personen muss in einer Entfernung von 75 m Lauflinie bis zum Zugang des Grundstücks von der öffentlichen Verkehrsfläche aus sichergestellt sein. Um eine leichte Löschwasserentnahme zu ermöglichen, ist der Hydrant Nr. 2 als Überflurhydrant mind. DN100 auszuführen. Überflurhydranten können nicht überparkt werden und lassen sich auch im Winter bei Schnee und Eis leichter auffinden.</p>	<ul style="list-style-type: none">- wird nicht gefolgt,- Der vorhandene Hydrant Nr. 2 ist durch Vereinbarung gesichert, wird regelmäßig gewartet, beschildert und für die Löschwasserversorgung zweckdienlich. Die Errichtung eines Überflurhydrant ist somit nicht notwendig.- keine Anpassung der Planung erforderlich
1.2	<p><u>Begründung S. 24, 6.8 Löschwasserversorgung:</u> Für die Löschwasserversorgung sind bei einer mittleren Gefahr der Brandausbreitung normgerechte Löschwasserentnahmestellen mit einem Leistungsvermögen von 96 m³/h (entspricht 1.600 l/min) über 2 Stunden erforderlich.</p>	<ul style="list-style-type: none">- wird gefolgt, Die Begründung wird ergänzt.
1.3	<p><u>Begründung S. 30, 7.5 Unterirdische Versorgungsanlagen und Planzeichnung, Textliche Festsetzungen Teil B</u></p> <p>Der Hydrant Nr. 2, Lindenallee 22 (ehem. Oehrenfelder Weg 31a) hat eine Lieferleistung von 955 l/min über 2 Std. Das erforderliche Fassungsvermögen der zu errichtenden Löschwasserzisterne errechnet sich folgendermaßen:</p> <p>notwendige Löschwassermenge: 1600 l/min = 96 m³/h insg. 192 m³</p> <p>vorhandene Löschwassermenge (Hydrant): 955 l/min = 57,3 m³/h insg. 114,6 m³ Differenz = 77,4 m³</p> <p>Die Zisterne muss eine Mindestgröße von ca. 80 m³ aufweisen.</p>	<ul style="list-style-type: none">- wird teilweise gefolgt,- In der Begründung wird die Ermittlung der absoluten Löschwassermenge, die von der Zisterne bereitgestellt werden muss, korrigiert.- Die ermittelte Mindestgröße der Zisterne wird nachrichtlich übernommen.

Nr.	TÖB, Datum Schreiben, Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
2	WA Holtemme-Bode ·In den sauren Wiesen 1, 38855 Wernigerode/OT Silstedt, Schreiben vom 31.03.2021	
2.1	Gegen das Vorhaben bestehen seitens des Wasser- und Abwasserverbandes Holtemme-Bode (WAHB) unter Beachtung der aufgeführten Hinweise keine Bedenken.	
2.2	<u>Schmutzwasser</u> Das Flurstück 43/3 ist schmutzwasserseitig über eine Hausanschlussleitung erschlossen. Die Ableitung der Schmutzwässer erfolgt über einen Schmutzwasserkanal DN 200 in der Lindenallee. Ob die Mehrmengen an Schmutzwasser weiterhin ordnungsgemäß über die Hausanschlussleitung entsorgt werden können, kann derzeit nicht festgestellt werden. Hierfür ist dem WAHB ein gesonderter, vom Veranlasser zu tragender Nachweis vorzulegen.	<ul style="list-style-type: none"> - Kenntnisnahme, - Die Begründung wird ergänzt und ein Hinweis in die Planzeichnung aufgenommen.
2.3	<u>Niederschlagswasser</u> Vorgesehen ist, dass das anfallende Niederschlagswasser der befestigten Flächen im Plangebiet über Versickerungsanlagen in das Grundwasser geleitet werden soll (DWA-A 138). Hierzu ist eine wasserrechtliche Erlaubnis in Abstimmung und Genehmigung durch den Landkreis Harz als zuständige Behörde erforderlich. Der im Ausschnitt des Entwässerungsnetzes dargestellte Gemeindekanal (lila) befindet sich weder im Eigentum noch in Betreiberpflicht des WAHB.	<ul style="list-style-type: none"> - Kenntnisnahme, - Begründung wird ergänzt und Bauherr informiert.
2.4	<u>Trinkwasser</u> Der WAHB betreibt im Plangebiet keine trinkwassertechnischen Anlagen. Das Plangebiet liegt im Versorgungsgebiet der Stadtwerke Wernigerode.	<ul style="list-style-type: none"> - Kenntnisnahme, - keine Anpassung der Unterlagen notwendig,
2.5	<u>Löschwasser</u> Die Aufgabe der Löschwasserbereitstellung obliegt nicht dem WAHB. Sie ist pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe der Kommune.	<ul style="list-style-type: none"> - Kenntnisnahme, - keine Anpassung der Unterlagen notwendig,
2.6	<u>Hinweise</u> <ol style="list-style-type: none"> 1. Beim WAHB ist vom Vorhabensträger rechtzeitig vor Baubeginn (mindestens 8 Wochen) ein Entwässerungsantrag zu stellen. Es darf mit dem Bau erst begonnen werden, wenn dem Vorhabensträger die Genehmigung des Entwässerungsantrages vorliegt. 2. Stoffe, wie feste oder auch zerkleinerte Abfälle, z. B. Kehricht, Müll, Schutt, Glas, Schlamm, Asche, mineralische Stoffe, die geeignet sind die Funktionsfähigkeit bzw. die Reinigungsleistung der öffentlichen Abwasseranlagen zu beeinträchtigen sowie Bau- und Werkstoffe anzugreifen, dürfen grundsätzlich nicht über die Abwasseranlagen entsorgt werden (DWA-M 115-2). 3. Für Planung, Bau und Betrieb sowie Wartung der Abwasseranlagen sind die Vorschriften des DWA-Regelwerkes, die DIN- 	<ul style="list-style-type: none"> - Kenntnisnahme, - Begründung wird ergänzt

Nr.	TÖB, Datum Schreiben, Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
	Normen sowie die tangierenden Festlegungen des DVGW-Regelwerkes in der jeweils gültigen Fassung zu berücksichtigen und einzuhalten (§§ 57 und 60 WHG).	

Nr.	TÖB, Datum Schreiben, Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
3	Stadt Ilsenburg (Harz), Fachbereich Innere Verwaltung – Liegenschaften, Harzburger Str. 24, 38871 Ilsenburg (Harz) Schreiben vom 30.03.2021	
3.1	Hiermit sende ich dir die Niederschrift eines Grenztermins in Darlingerode als Information zu. Es betrifft eine Fläche des B-Plan-Gebietes und enthält Aussagen über den aktuellen Zaunverlauf, welcher sich teilweise bis zu 4 m auf unseren Flächen befindet. Herr Albrecht beabsichtigt den Verkauf des so herausgemessenen Wohngrundstücks. Gem. Niederschrift Flurst. 43/3, Flur 1, Gem. Darlingerode	<ul style="list-style-type: none"> - Kenntnisnahme, - keine Anpassung der Unterlagen nötig.

Nr.	TÖB, Datum Schreiben, Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
4	Stadt Bad Harzburg – Abteilung für Hochbau, Stadtplanung und Umweltschutz Forstwiese 5, 38667 Bad Harzburg Schreiben vom 20.04.2021	
4.1	Das Bebauungsplanverfahren Nr. 9 „Lindenallee“ im OT Darlingerode/Oehrenfeld berührt keine Aufgaben der Stadt Bad Harzburg. Meinerseits sind keine Planungen mit Relevanz für Ihr Verfahren beabsichtigt oder eingeleitet. Informationen, die Ihnen für die Ermittlung und Bewertung des Abwägungsmaterials zweckdienlich sein können, liegen mir nicht vor.	<ul style="list-style-type: none"> - Kenntnisnahme, - keine Anpassung der Unterlagen nötig.
4.2	Ich weise darauf hin, dass die Maßnahmenfläche M1 mit mehr als der Hälfte Ihrer Fläche im Landschaftsschutzgebiet „Harz und nördliches Harzvorland“ liegt. Hier ist ein Antrag auf Entlassung der Flächen zu stellen.	<ul style="list-style-type: none"> - Kenntnisnahme, - Ein Antrag auf Entlassung aus dem LSG ist nicht notwendig. - In der Maßnahmenfläche M1 sollen gem. textlicher Festsetzung § 8 Abs. 2 bestehende Gehölze erhalten und bei Abgang ersetzt werden. Dies erfordert nicht die Entlassung der Fläche aus dem LSG. - keine Anpassung der Unterlagen nötig.
4.3	Anmerkung: Die textliche Festsetzung Nr. 3 enthält wahrscheinlich einen Schreibfehler. Ich bitte um Korrektur. ... die Anlagen dürfen die folgenden Höhen nicht überschreiten	<ul style="list-style-type: none"> - wird gefolgt, - Der Schreibfehler wird redaktionell korrigiert.

Nr.	TÖB, Datum Schreiben, Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
5	Landesanstalt für Altlastenfreistellung des Landes Sachsen-Anhalt, Postfach 32 02 49, 39041 Magdeburg Schreiben vom 28.04.2021	
5.1	Durch das o.g. Vorhaben sind keine Flächen betroffen, die sich in einem Ökologischen Großprojekt befinden.	- Kenntnisnahme
5.2	Weiterhin konnten wir keine Altlastenfreistellung für die Liegenschaft ermitteln.	- Kenntnisnahme, - In folgenden Planungsschritten soll eine Bodenuntersuchung auch hinsichtlich einer möglichen Schadstoffbelastung durchgeführt werden. Ergebnisabhängig wird – falls notwendig – evtl. belasteter Boden ordnungsgemäß entsorgt.
5.3	Die Zuständigkeit der Landesanstalt für Altlastenfreistellung als Boden- und Freistellungsbehörde ist somit nicht gegeben und eine weitere Beteiligung am Verfahren nicht erforderlich.	- Kenntnisnahme

Nr.	TÖB, Datum Schreiben, Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
6	Landesamt für Geologie und Bergwesen Sachsen-Anhalt, Köthener Str. 38, 06118 Halle / Saale Schreiben vom 29.04.2021	
	Durch die zuständigen Fachdezernate der Bereiche Geologie und Bergbau des LAGB erfolgten Prüfungen zum o.g. Bebauungsplan, um Sie auf mögliche geologische / bergbauliche Beeinträchtigungen hinweisen zu können. Aus den Bereichen Geologie und Bergwesen kann Ihnen folgendes mitgeteilt werden:	
6.1	<u>Bergbau</u> Bergbauliche Arbeiten oder Planungen, die den Maßgaben des Bundesberggesetzes unterliegen, werden durch das Vorhaben/die Planung nicht berührt. Hinweise auf mögliche Beeinträchtigungen durch umgegangenen Altbergbau liegen dem Landesamt für Geologie und Bergwesen Sachsen-Anhalt für den geplanten Bebauungsplanbereich ebenfalls nicht vor. Bearbeiter: Herr Thurm (0345 - 5212 187)	- Kenntnisnahme
6.2	<u>Geologie</u>	-
6.2.1	<u>Ingenieurgeologie und Geotechnik:</u> Vom tieferen geologischen Untergrund ausgehende, durch natürliche Subrosionsprozesse bedingte Beeinträchtigungen der Geländeoberfläche sind dem LAGB im Plangebiet nicht bekannt. Zum Baugrund im Bereich des Vorhabens gibt es ebenfalls keine Bedenken oder besonderen Hinweise. Bearbeiter: Herr Schönberg (0391 - 53579 507)	- Kenntnisnahme
6.2.2	<u>Hydro- und Umweltgeologie:</u> Die Vornutzung des Plangebietes ist bekannt. Aussagen bezüglich der Betroffenheit von Wasserschutzgebieten sind beim zuständigen Landkreis zu erfragen.	- Kenntnisnahme, - Das Plangebiet wird nicht von Wasserschutzgebieten berührt.

Nr.	TÖB, Datum Schreiben, Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
6.2.3	<p>Die Empfehlung, die Versickerungsfähigkeit im Zuge der Baugrunduntersuchung zu begutachten, wird begrüßt.</p> <p>Soweit für Bauvorhaben Niederschlagswasser-versickerung geplant wird, muss durch entsprechende Untersuchungen des Untergrundes im Rahmen von Baugrunduntersuchungen, vorab und standortkonkret nachgewiesen werden, dass die für eine Versickerung des Regenwassers notwendigen hydrogeologischen Voraussetzungen entsprechend Arbeitsblatt DWA-A138 (wie ausreichende Lockergesteinsmächtigkeit, geeigneter kf-Wert, ausreichend tiefe Lage des Grundwasserspiegels auch in regenreichen Jahreszeiten) auf dem Baugrundstück gegeben sind.</p> <p>Bearbeiter: Herr Dr. Balaske (0345 - 5212 180)</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Kenntnisnahme, - Die Begründung wird im Pkt. 6.12 - Niederschlagswasser ergänzt.

Nr.	TÖB, Datum Schreiben, Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
7	Stadtwerke Wernigerode GmbH, Am Kupferhammer 38, 38855 Wernigerode Schreiben vom 12.04.2021	
7.1	<p><u>Trinkwasser</u> Eine Versorgung des Plangebietes mit Trinkwasser ist grundsätzlich möglich. Aufgrund der geographischen Höhenlage des Plangebietes ist mit einem geringen Versorgungsdruck (ca. 2,5-3,0 bar) zu rechnen.</p> <p>Die Bereitstellung von Löschwasser aus dem Trinkwassernetz der Stadtwerke Wernigerode GmbH ist nicht möglich. Die Mitbenutzung unserer technischen Hydranten kann im Rahmen der „vereinbarung Mitbenutzung von Hydranten“ erfolgen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Kenntnisnahme, - Die Begründung wird ergänzt. - Kenntnisnahme
7.2	<p><u>Erdgas</u> Eine Versorgung des Plangebietes mit Erdgas ist grundsätzlich möglich.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Kenntnisnahme, - Die Begründung wird ergänzt.
7.3	<p><u>Strom</u> Eine Versorgung des Plangebietes mit Strom ist grundsätzlich möglich. Im Rahmen der Erschließung des Plangebietes ist die Erweiterung des vorhandenen Stromnetzes um einen Kabelverteilerschrank für das Plangebiet erforderlich.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Kenntnisnahme, - Die Begründung wird ergänzt.
7.4	<p><u>Sonstiges</u> Ist im Zuge der Erschließung des Plangebietes die Mitbenutzung privater Grundstücke zur Verlegung unserer Versorgungsleitung notwendig, so ist diese durch entsprechende Grunddienstbarkeiten dinglich zu sichern. Für die weitergehende Erschließung ist ein Erschließungsvertrag mit der Stadtwerke Wernigerode GmbH abzuschließen.</p> <p>Bei der Ausführung von Bauarbeiten im Plangebiet sind unsere Versorgungsleitungen gemäß dem DVGW Regelwerk „Hinweise für Maßnahmen zum Schutz von Versorgungsleitungen“ GW 315 vom Mai 1979 und den Hinweisen der Stadtwerke Wernigerode GmbH zum Schutze erdverlegter Versor-</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Kenntnisnahme, - Die Begründung wird ergänzt.

Nr.	TÖB, Datum Schreiben, Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
	<p>gungsleitungen entsprechend zu sichern. Ein Mindestabstand von 0,40 m anderer Leitungen zu unseren Versorgungsleitungen ist einzuhalten.</p> <p>Weiterhin sollten Sie bei Ihrer Planung beachten, wenn Baumbepflanzungen vorgesehen sind, dass sie dem DVGW Regelwerk „Baumbepflanzungen im Bereich unterirdischer Versorgungsanlagen“ GW 125 vom Februar 2013 entsprechen.</p> <p>Weiterhin sollten Sie bei Ihrer Planung beachten, wenn Baumbepflanzungen vorgesehen sind, dass sie dem DVGW Regelwerk "Baumbepflanzungen im Bereich unterirdischer Versorgungsanlagen" GW 125 vom Februar 2013 entsprechen.</p> <p>Die Lage - insbesondere die Tiefenlage der Leitungen - kann sich durch Bodenabtragungen, Aufschüttungen oder durch Maßnahmen Dritter nach der Verlegung und Einmessung verändert haben. Daher sind tatsächliche Lage und Tiefe der angegebenen Leitungen durch fachgerechte Erkundungsmaßnahmen (z.B. Ortung, Querschläge, Suchschlitze o. ä.) vom Bauunternehmen selbst zu ermitteln. Etwaige Abweichungen der tatsächlichen Lage von den Angaben in den Bestandsplänen entbinden nicht von der Haftung des Bauunternehmens.</p> <p>Bei der Ausführung der Tiefbauarbeiten (auch bei Vorabschachtung) ist von der ausführenden Firma unbedingt eine Leitungsauskunft bei uns einzuholen.</p>	

Nr.	TÖB, Datum Schreiben, Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
8	Deutsche Telekom Technik GmbH, Technik NL Ost, Huylandstr. 18, 38820 Halberstadt Schreiben vom 21.04.2021	
8.1	<p>Im Planbereich befinden sich Telekommunikationslinien der Telekom, die aus beigefügtem Plan ersichtlich sind. Wir bitten Sie, diese Planunterlagen nur für interne Zwecke zu benutzen und nicht an Dritte weiterzugeben.</p> <p>Die vorhandenen Telekommunikationslinien durchlaufen das Plangebiet oder dienen zur Versorgung der bestehenden Bebauung und sind zurzeit ausreichend.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Kenntnisnahme, - Im Plangebiet verläuft lediglich die Hausanschlussleitung für das Gebäude Lindenallee 40. Eine Berücksichtigung im Plan ist nicht erforderlich. - Die Begründung wird ergänzt.
8.2	<p>Werden weitere Anschlüsse an das Telekommunikationsnetz der Telekom benötigt, bitten wir rechtzeitig (mindestens 3 Monate vor Baubeginn) mit uns, in Verbindung zu treten. Es wird dann geprüft, wie und mit welcher Telekommunikationsinfrastruktur die Versorgung, realisiert werden kann. Dabei spielen wirtschaftliche Gründe sowie ausreichende Planungssicherheit eine große Rolle. Eine koordinierte Erschließung ist wünschenswert.</p> <p>Verwenden Sie bitte bei Schriftwechsel die im o.g. Adressenfeld dieses Schreibens angeführte aktuelle Adresse odertelefonisch über unser Bauherrenberatungsbüro Tel. 08003301903.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Kenntnisnahme, - Die Begründung wird ergänzt.

Nr.	TÖB, Datum Schreiben, Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
8.3	Wir bitten folgenden fachlichen Hinweis in die Begründung des Bebauungsplanes aufzunehmen. In allen Straßen bzw. Gehwegen sind geeignete und ausreichende Trassen mit einer Leitungszone in einer Breite von ca. 0,30 m für die Unterbringung der Telekommunikationslinien vorzusehen. Hinsichtlich geplanter Baumpflanzungen ist das "Merkblatt über Baumstandorte und unterirdische Ver- und Entsorgungsanlagen" der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, Ausgabe 2013, zu beachten.	<ul style="list-style-type: none"> - wird gefolgt, - Die Begründung wird ergänzt.
8.4	Sollten bisherige Verkehrsfläche, in denen sich Telekommunikationslinien befinden, künftig nicht mehr als öffentlicher Verkehrsweg zur Verfügung stehen oder Flächen zur Grundstücksversorgung genutzt werden, die nicht öffentlich gewidmet werden, bitten wir Sie, für diese Flächen die Eintragung einer beschränkten persönlichen Dienstbarkeit im Grundbuch zu Gunsten der Telekom Deutschland GmbH, Sitz Bonn, zu veranlassen.	<ul style="list-style-type: none"> - Kenntnisnahme, - Die privaten Verkehrsflächen, die zur Versorgung genutzt werden sollen, sind im Bebauungsplan bereits als Flächen mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zugunsten der Versorgungsträger festgesetzt. Die Eintragung von Grunddienstbarkeiten kann jedoch nicht im Rahmen der Bauleitplanung erfolgen. Im Sinne der umfassenden Information der Bauherren / Investoren wird die Begründung ergänzt.

Nr.	TÖB, Datum Schreiben, Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
9	Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt, Neustädter Passage 15, 06122 Halle(Saale) Schreiben vom 11.05.2021	
9.1	Der obersten Landesentwicklungsbehörde gingen am 25.03.2021 die Unterlagen zu der o. g. Bauleitplanung der EHG Stadt Ilsenburg (Harz) im Rahmen der Behördenbeteiligung nach § 4 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) zu. Zielstellung der vorgelegten Bauleitplanung ist es, die bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung von Wohngebäuden entlang der Lindenallee (Festsetzung eines allgemeinen Wohngebietes – WA) und im rückwärtigen Bereich für Ferienhäuser (Festsetzung eines Sondergebietes „Freizeit und Erholung“ – SO 1 und SO 2) zu schaffen. Das Areal befindet sich in der südwestlichen Ortslage von Darlingerode und ist teilweise bereits bebaut. In der Vergangenheit wurde das Gebiet als Lagerplatz und Betriebshof genutzt. Der BP soll daher gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB) als BP der Innenentwicklung im beschleunigten bzw. vereinfachten Verfahren aufgestellt werden. In der Umgebungsbebauung befinden sich bereits sowohl Ferienhäuser als auch Wohngebäude.	<ul style="list-style-type: none"> - Kenntnisnahme
9.2	Das geplante WA umfasst eine Fläche von ca. 3.124 m ² . Neben dem bereits vorhandenen Wohnhaus wird somit die Errichtung weiterer 2- 3 Eigenheime möglich sein. Das SO „Freizeit und Erholung“ erstreckt sich über eine Fläche von ca. 3.577 m ² . Einschließlich der vorgesehenen privaten Verkehrsfläche und der Grünfläche hat das Plangebiet eine Größe von insgesamt ca. 11.435 m ² (ca. 1,14 ha).	<ul style="list-style-type: none"> - Kenntnisnahme

Nr.	TÖB, Datum Schreiben, Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
9.3	Der rechtswirksame Flächennutzungsplan (FNP) der EHG Stadt Ilsenburg (Harz) stellt den Geltungsbereich des BP Nr. 9 „Lindenallee“ derzeit als Sondergebiet (SO) „Fremdenverkehr, Freizeit und Kultur“ dar. Insoweit kann der vorliegende BP Nr. 9 „Lindenallee“ für den Bereich der geplanten Ferienhäuser aus dem FNP entwickelt werden. Der Bereich entlang der Lindenallee soll in ein WA umgewandelt werden. Die Anpassung des FNP ist auf dem Wege der Berichtigung gemäß § 13 BauGB Absatz 2 Nr. 2 geplant.	- Kenntnisnahme
9.4	Nach Prüfung der vorgelegten Unterlagen stelle ich unter Bezug auf § 13 (2) Landesentwicklungsgesetz Sachsen-Anhalt (LEntwG LSA) fest, dass der vorgesehene Bebauungsplan Nr. 9 „Lindenallee“ der EHG Stadt Ilsenburg (Harz) aufgrund der geringen Flächengröße, der Nachnutzung einer brachgefallenen Fläche sowie der überwiegenden Entwicklung aus dem FNP nicht raumbedeutsam im Sinne von raumbanspruchend oder raumbeeinflussend ist. Eine landesplanerische Abstimmung ist demzufolge nicht erforderlich.	- Kenntnisnahme, - Die Begründung wird ergänzt.
9.5	Gem. § 2 (2) Nr. 10 LEntwG LSA obliegt der obersten Landesentwicklungsbehörde die Abgabe von landesplanerischen Stellungnahmen im Rahmen von öffentlich-rechtlichen Verfahren nur für raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen.	- Kenntnisnahme
9.6	Hinweis zur Datensicherung Die oberste Landesentwicklungsbehörde führt gemäß § 16 Landesentwicklungsgesetz das Raumordnungskataster (ROK) des Landes Sachsen-Anhalt. Die Erfassung aller in Kraft gesetzten Bauleitpläne und städtebaulichen Satzungen ist u. a. Bestandteil des ROK. Ich bitte Sie daher, mich von der Genehmigung / Bekanntmachung des o. g. Bauleitplans durch Übergabe einer Kopie der Bekanntmachung und der in Kraft getretenen Planung einschließlich der Planbegründung in Kenntnis zu setzen.	- Kenntnisnahme, - Die geforderten Unterlagen werden nach Rechtskraft übergeben.
9.7	Mit dieser Stellungnahme wird den vorgeschriebenen Genehmigungs- und Zulassungsverfahren nicht vorgegriffen und es werden weder öffentlich-rechtliche noch privatrechtliche Zustimmungen und Gestattungen erteilt.	- Kenntnisnahme

Nr.	TÖB, Datum Schreiben, Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
10	Regionale Planungsgemeinschaft Harz, Turnstraße 8, 06484 Weiterbestadt Quedlinburg Schreiben vom 11.05.2021	
10.1	Die RPGHarz nimmt gemäß § 2 Abs. 4 in Verbindung mit § 21 Abs. 1 Landesentwicklungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt vom 23.04.15 (LEntwG LSA) für ihre Mitglieder, zu denen der Landkreis Harz und der Landkreis Mansfeld-Südharz mit den Städten Sangerhausen und Allstedt, der Gemeinde Südharz und der Verbandsgemeinde Goldene Aue gehört, die Aufgabe der	- Kenntnisnahme

Nr.	TÖB, Datum Schreiben, Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
10.2	<p>Regionalplanung für die Region Harz (Sachsen-Anhalt) wahr.</p> <p>Für unseren Zuständigkeitsbereich sind die Belange der Raumordnung auf der Ebene der Landesplanung im Landesentwicklungsplan 2010 des Landes Sachsen-Anhalt (LEP2010) vom 16.02.11 (GVBl. LSA Nr. 6/2011 vom 11.03.11) per Verordnung geregelt.</p> <p>Auf der Ebene der Regionalplanung sind entsprechend § 4 Raumordnungsgesetz (ROG) die im Regionalen Entwicklungsplan für die Planungsregion Harz (REPHarz) verankerten Ziele der Raumordnung von öffentlichen Stellen bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen in Abwägungs- und Ermessensentscheidungen zu beachten und Grundsätze zu berücksichtigen.</p> <p>Der REPHarz in der Beschlussfassung vom 09.03.09 wurde mit der öffentlichen Bekanntmachung vom 23.05.09 in der Planungsregion Harz in Kraft gesetzt.</p> <p>Danach erfolgte die 1. und 2. Änderung des REPHarz, in Kraft getreten durch öffentliche Bekanntmachung vom 22.05./29.05.10 sowie die Ergänzung des REP Harz um den Teilbereich Wippra, in Kraft getreten durch die öffentliche Bekanntmachung vom 23.07./ 30.07.11.</p> <p>Die (Teil-) Fortschreibung des REPHarz zum Sachlichen Teilplan "Zentralörtliche Gliederung" erlangte mit Bekanntmachungen vom 22. und 29.09.18 ihre Rechtskraft und löst damit die bisherigen Regelungen zur zentralörtlichen Gliederung gemäß Pkt. 4.2. des REPHarz ab.</p> <p>Mit Bekanntmachung vom 19.12.15 wurde die Planungsabsicht zur (Teil-) Fortschreibung des REPHarz zum Sachlichen Teilplan „Erneuerbare Energien-Windenergienutzung“ öffentlich bekannt gemacht. In diesem Verfahren hat die Regionalversammlung am 26.06.19 die Fortschreibung eines neuen Kriterienkataloges - Wind beschlossen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Kenntnisnahme
10.3	<p>Mit dem o.g. B-Plan soll Baurecht für ein allgemeines Wohngebiet mit ca. 3.100 m² sowie für ein Sondergebiet zum Bau von Ferienhäusern mit ca. 3.500 m² geschaffen werden.</p> <p>Der Planer hat sich mit den Erfordernissen der Raumordnung auseinandergesetzt.</p> <p>Eine Begründung zur Schaffung einer weiteren Wohnbaufläche im OT Darlingerode war in den Planunterlagen nicht enthalten.</p> <p>Es scheint, als ginge es hier um eine Angebotsplanung. Diese wiederum ist für den OT Darlingerode, der sich in den letzten Jahren bereits über den Eigenbedarf an Wohnbauflächen hinweg entwickelt hat, raumordnerisch ohne Bedarfsnachweis für die Eigenentwicklung nicht zulässig.</p> <p>Ohne diesen Nachweis würde eine weitere Wohnbauflächenentwicklung als Angebotsplanung für den OT Darlingerode den Zielen der Raumordnung entgegenstehen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - wird nicht gefolgt, - Der vorliegende BPlan der Innenentwicklung und Wiedernutzbarmachung brachgefallener Flächen die bauliche Nutzung eines bereits von Bebauung geprägten Gebietes innerhalb des Siedlungszusammenhanges (siehe hierzu auch Begründung, Pkte. 2; 3.4; 4 und 8). - Die Beschränkung auf die Eigenentwicklung von nicht zentralen Orten soll weiteren Zersiedlungstendenzen mit den dazugehörigen negativen Umweltauswirkungen entgegenwirken und der Entstehung einer dispersen Siedlungsstruktur begegnen (Begründung zum Ziel Z19 und Grundsatz G20 im SaTP „Zentralörtliche Gliederung“, S. 22, 3. Absatz).

Nr.	TÖB, Datum Schreiben, Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
10.4	Das Sondergebiet zur Errichtung von Ferienhäusern und Ferienwohnungen hingegen steht der raumordnerischen Festlegung im REPHarz als „Vorbehaltsgebiet für Tourismus und Erholung“ zumindest in der geplanten Größenordnung von ca. 3.500 m ² nicht entgegen, sondern stützt dieses, insofern sichergestellt werden kann, dass sie nicht	<ul style="list-style-type: none"> - Es wird infolge der Planung jedoch kein zusätzlicher Flächenverbrauch, insbesondere landwirtschaftlicher Flächen oder Flächen für den Wald, begründet. Die Planung stellt eine Maßnahme der Innenentwicklung innerhalb des bestehenden Siedlungszusammenhanges dar und wirkt damit der Zersiedelung der Landschaft entgegen. Die Planung folgt damit nicht nur der Intention der Beschränkung auf die Eigenentwicklung gem. Ziel Z19 und Grundsatz G20 SaTP, sondern auch dem Gebot des Vorrangs der Innenentwicklung gem. § 1 Abs. 5 BauGB. Ein Bedarfsnachweis ist schon aus diesen Gründen obsolet. - Weiterhin ist zu beachten, dass gem. Stellungnahme des Ministeriums für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt (MLV) als oberste Landesentwicklungsbehörde vom 11.05.2021 die Planung als <u>nicht raumbedeutsam</u> eingestuft wurde. Gem. § 4 Abs. 1 Raumordnungsgesetz (ROG) sind <u>bei raumbedeutsamen</u> Planungen die Ziele der Raumordnung zu beachten sowie Grundsätze und sonstige Erfordernisse der Raumordnung in Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen zu berücksichtigen. Da es sich bei der Planung gem. Stellungnahme des MLV um eine <u>nicht raumbedeutsame Planung</u> handelt, ist die Forderung nach einem Bedarfsnachweis unbegründet. Hierzu auch BVerwG, Urteil vom 10.11.2011, Az. 4 CN 9/10, RN 10: <i>"Raumplanerische Vorgaben sind zulässig, wenn die Regelung der Steuerung raumbedeutsamer Auswirkungen von Planungen oder Maßnahmen dient. Das Kriterium der Raumbedeutsamkeit eröffnet und begrenzt zugleich die raumplanerische Regelungsbefugnis."</i> - Aus den genannten Gründen – Maßnahme der Innenentwicklung und fehlende Raumbedeutsamkeit der Planung – ist also ein Bedarfsnachweis nicht erforderlich. Der Hinweis ist unbegründet und daher unbeachtlich. - Die Begründung wird ergänzt. - Kenntnisnahme, - Die missbräuchliche und ordnungswidrige Nutzung von Ferienwohnungen zum Dauerwohnen kann nicht mit planungsrechtlichen Festsetzungen innerhalb eines BPlanes verhindert werden. Hierfür wären ordnungsrechtliche Maßnah-

Nr.	TÖB, Datum Schreiben, Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
		<p>Abs. 1 ROG näher spezifizierten „raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen“.</p> <p>Nicht raumbedeutsames Handeln unterliegt dieser Zielbindung damit nicht (Spannowsky / Runkel / Goppel 2010: § 3, Rn. 100).</p> <p>Somit gilt das Anpassungsgebot gem. § 1 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 4 Abs. 1 ROG nicht für alle Bauleitplanungen, sondern nur für raumbedeutsame Bauleitplanungen.</p> <p>Hierzu auch BVerwG, Urteil vom 10.11.2011, Az. 4 CN 9/10, RN 10: <i>"Raumplanerische Vorgaben sind zulässig, wenn die Regelung der Steuerung raumbedeutsamer Auswirkungen von Planungen oder Maßnahmen dient. Das Kriterium der Raumbedeutsamkeit eröffnet und begrenzt zugleich die raumplanerische Regelungsbefugnis."</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Der Hinweis ist somit unbegründet und daher unbeachtlich. Die Begründung wird ergänzt.
11.4	<p>Der Geltungsbereich des Bebauungsplanentwurfs liegt laut REP Harz innerhalb des Vorbehaltsgebiets für Tourismus und Erholung, hier Nr. 1 „Harz und Harzvorländer“.</p> <p>Das Vorbehaltsgebiet für Forstwirtschaft, hier Nr. 4 „Waldgebiete des Harzes“, grenzt südlich und westlich an den Geltungsbereich an.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Kenntnisnahme
11.5	<p>Der Planer hat sich in dem vorliegenden Planentwurf mit den Erfordernissen der Raumordnung, (hier den o.g. Vorbehaltsgebieten) auseinandergesetzt.</p> <p>Die Ausweisung des SO für die Errichtung von Ferienhäusern entspricht dem ausgewiesenen Vorbehaltsgebiet für Tourismus und Erholung. Hier wird seitens der unteren Landesentwicklungsbehörde zugestimmt.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Kenntnisnahme
11.6	<p>Dem Ortsteil Darlingerode kommen gemäß sachlichem Teilplan „Zentralörtliche Gliederung in der Planungsregion Harz“ keine, über den eigenen Ort hinausgehenden zentralörtlichen Funktionen zu. D.h. die Flächenausweisungen, hier für die Bereitstellung von Flächen für Wohnen, müssen sich am Eigenbedarf orientieren.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Kenntnisnahme - Grundsätzlich ist die im SaTP „Zentralörtliche Gliederung“ festgelegte Beschränkung auf die Eigenentwicklung im nichtzentralen Ortsteil Darlingerode zu beachten. <p>Wie zuvor beschrieben, ist diese raumordnerische Vorgabe jedoch nur für raumbedeutsame Planungen bindend.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die Begründung wird ergänzt.
11.7	<p>Für die beabsichtigte Ausweisung des allgemeinen Wohngebietes wurden in der textlichen Begründung zum Planentwurf keine Angaben gemacht.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - wird nicht gefolgt, <p>Insbesondere in der Begründung wird im Pkt. 7.1 – Art der baulichen Nutzung - die Ausweisung eines allgemeinen Wohngebietes beschrieben.</p>

Nr.	TÖB, Datum Schreiben, Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
11.8	<p>Der Ortsteil Darlingerode hat sich bereits in der Vergangenheit bei der Wohnbaulandausweisung weit über den Eigenbedarf hinaus entwickelt. Eine weitere Wohnbaulandausweisung wäre ohne einen entsprechenden Bedarfsnachweis im Rahmen des möglichen Eigenentwicklungsgebots aus Sicht der unteren Landesentwicklungsbehörde mit den Zielen der Raumordnung nicht vereinbar. Eine abschließende Stellungnahme ist erst nach Vorlage des Bedarfsnachweises möglich.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Die Begründung wird ergänzt. - wird nicht gefolgt, - Der vorliegende BPlan der Innenentwicklung ermöglicht im Sinne der Nachverdichtung und Wiedernutzbarmachung brachgefallener Flächen die bauliche Nutzung eines bereits von Bebauung geprägten Gebietes innerhalb des Siedlungszusammenhanges (siehe hierzu auch Begründung, Pkte. 2; 3.4; 4 und 8). - Die Beschränkung auf die Eigenentwicklung von nicht zentralen Orten soll weiteren Zersiedlungstendenzen mit den dazugehörigen negativen Umweltauswirkungen entgegenwirken und der Entstehung einer dispersen Siedlungsstruktur begegnen (Begründung zum Ziel Z19 und Grundsatz G20 im SaTP „Zentralörtliche Gliederung“, S. 22, 3. Absatz). Es wird infolge der Planung jedoch kein zusätzlicher Flächenverbrauch, insbesondere landwirtschaftlicher Flächen oder Flächen für den Wald, begründet. Die Planung stellt eine Maßnahme der Innenentwicklung innerhalb des bestehenden Siedlungszusammenhanges dar und wirkt damit der Zersiedelung der Landschaft entgegen. Die Planung folgt damit nicht nur der Intention der Beschränkung auf die Eigenentwicklung gem. Ziel Z19 und Grundsatz G20 SaTP, sondern auch dem Gebot des Vorrangs der Innenentwicklung gem. § 1 Abs. 5 BauGB. Ein Bedarfsnachweis ist schon aus diesen Gründen obsolet. - Weiterhin ist zu beachten, dass gem. Stellungnahme des Ministeriums für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt (MLV) als oberste Landesentwicklungsbehörde vom 11.05.2021 die Planung als <u>nicht raumbedeutsam</u> eingestuft wurde. Gem. § 4 Abs. 1 Raumordnungsgesetz (ROG) sind <u>bei raumbedeutsamen</u> Planungen die Ziele der Raumordnung zu beachten sowie Grundsätze und sonstige Erfordernisse der Raumordnung in Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen zu berücksichtigen. Da es sich bei der Planung gem. Stellungnahme des MLV um eine <u>nicht raumbedeutsame Planung</u> handelt, ist die Forderung nach Vorlage eines Bedarfsnachweis unbegründet (s.o. Zitat aus BVerwG, Urteil vom 10.11.2011, Az. 4 CN 9/10, RN 10). - Die Begründung wird ergänzt.

Nr.	TÖB, Datum Schreiben, Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
11.9	<p>Gesundheitsamt Frau Guhra, Tel. 03941 5970 2319, E-Mail: christiane.guhra@kreis-hz.de</p> <p>Der o.g. Planung wird von Seiten des Gesundheitsamtes unter den gegebenen Auflagen zugestimmt.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Kenntnisnahme
11.10	<p><u>Trinkwasserversorgung</u> Für den Genuss und Gebrauch hat das Trinkwasser den hygienischen Anforderungen der Verordnung über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch (Trinkwasserverordnung – TrinkwV in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. März 2016 (BGBl. I S. 459), die zuletzt durch Artikel 99 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328) geändert worden ist, zu entsprechen.</p> <p>Die Trinkwasserverordnung fordert im § 17 Abs. 1 u. a. auch für Materialwahl und Ausführung der Trinkwasser-Verteilungssysteme die Einhaltung der allgemein anerkannten Regeln der Technik. Eine Verlegung der Trinkwasserleitungen hat unter Beachtung des Standes der Technik derart zu erfolgen, dass dem Eindringen von Krankheitserregern in das Leitungsnetz vorgebeugt wird. Es sind ausschließlich geprüfte Materialien einzusetzen.</p> <p>Vor der Einbindung neu verlegter Leitungen ist durch eine mikrobiologische Wasserprobe gegenüber dem Gesundheitsamt nachzuweisen, dass die Parameter der Trinkwasserverordnung, eingehalten werden.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Kenntnisnahme, - Vorgaben zur Trinkwasserqualität, zu Materialien und Ausführung von Trinkwasserleitungen und zu mikrobiologischen Wasserproben sind nicht Bestandteil des Bauplanungsrechtes. Sie können nicht mit planungsrechtlichen Festsetzungen im Rahmen eines BPlans geregelt werden (siehe § 9 BauGB – Inhalt des Bebauungsplans). Die Hinweise sind in nachfolgenden Planungsschritten zu beachten, haben aber für den vorliegenden BPlan keine Bedeutung. - keine Anpassung der Planung erforderlich.
11.11	<p>Umweltamt/ untere Naturschutzbehörde Frau Grosa, Tel. 03941 5970 5729, E-Mail: bianca.grosa@kreis-hz.de</p> <p>Die Stadt Ilsenburg möchte die Bebaubarkeit der Fläche im vereinfachten Verfahren (§ 13a BauGB) herstellen.</p> <p>Die in der Begründung gegebenen Hinweise zur artenschutzrechtlichen Überprüfung der Fläche sind zu berücksichtigen. Sollte die Anwendung des vereinfachten Verfahrens nicht zum Tragen kommen, gilt folgendes:</p> <p>Mit der Aufstellung des Bebauungsplans ist über den zu erwartenden Eingriff nach § 18 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) i.V.m. § 1a BauGB und § 9 BauGB zu entscheiden. Die Eingriffsregelung ist nicht Gegenstand einer späteren Baugenehmigung, sondern gemäß § 1a BauGB bereits im Rahmen der Bauleitplanung zu regeln. Die Eingriffsregelung ist nicht wegweisbar. Eingriffe in Natur und Landschaft sind vom Vorhabenträger durch Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in geeigneter Form zu kompensieren (§ 15 BNatSchG).</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Kenntnisnahme, - Die Durchführbarkeit der Planung als BPlan der Innenentwicklung gem. 13a BauGB im beschleunigten / vereinfachten Verfahren wurde in der Begründung im Pkt. 8 – Verfahren nachgewiesen. Somit steht einer Anwendung des beschleunigten / vereinfachten Verfahrens nichts entgegen. - keine Anpassung der Planung erforderlich.

Nr.	TÖB, Datum Schreiben, Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
	<p>Im Bereich der Planung befinden sich keine Gebiete des ökologischen Netzes Natura 2000 (gemäß Verordnung über die Errichtung des ökologischen Netzes Natura 2000 vom 23. März 2007, GVBl. LSA 2007, S. 82). Darüber hinaus befinden sich dort auch keine Flächen oder Objekte, die nach dem § 30 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) und § 22 NatSchG unter besonderen Schutz gestellt sind.</p> <p>Insofern stehen Belange des Naturschutzes dem Vorhaben grundsätzlich nicht entgegen.</p>	
11.12	<p>Umweltamt/ untere Wasserbehörde, SG Wasser Frau Bauschatz, Tel. 03941 5970 5798, E-Mail: gabriela.bauschatz@kreis-hz.de</p> <p>Seitens der unteren Wasserbehörde, SG Wasser bestehen keine Bedenken zur Ausweisung des Bebauungsplan Nr. 9 „Lindenallee“ in der Stadt Ilsenburg, OT Darlingerode.</p> <p>Das Vorhabengebiet ist nicht Bestandteil eines festgesetzten Überschwemmungsgebiets und wird nicht von Gewässern 1. oder 2. Ordnung tangiert. In der im Auftrag der Stadt Ilsenburg erstellten Studie Nonnenbach/ Rammelsbach werden für das zukünftige Wohn- und Sondergebiet keine Hochwassergefahren ausgewiesen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Kenntnisnahme
11.13	<p>Umweltamt/ untere Wasserbehörde, SG Abwasser Frau Kretzschmar Tel. 03941 5970 5704, E-Mail: anja.kretzschmar@kreis-hz.de</p> <p><u>Schmutzwasserbeseitigung:</u> Zum Bebauungsplan Nr. 9 „Lindenallee“ der Stadt Ilsenburg (Ortsteil Darlingerode), bestehen dann keine Bedenken, wenn die Beseitigung der anfallenden Schmutzwässer durch Einleitung in die zentrale Schmutzwasserkanalisation des Wasser- und Abwasserverbandes Holtemme-Bode erfolgt. Die Stadt Ilsenburg gehört zum Verbandsgebiet des Wasser- und Abwasserverbandes Holtemme-Bode (WAHB). Die Schmutzwasserableitung und -behandlung ist somit mit Ableitung zur Kläranlage Silstedt zu sichern. Die technische Bewertung dieser Entsorgungsvariante obliegt dem zuständigen Abwasserverband.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Kenntnisnahme - Der WAHB wurde zur Planung beteiligt. Die Schmutzwasserentsorgung wird mit dem Verband abgestimmt. - keine Anpassung der Planung erforderlich
11.14	<p><u>Niederschlagswasserbeseitigung:</u> Gemäß Erläuterung zum Bebauungsplan soll das Niederschlagswasser versickert werden. Möglicherweise liegen jedoch am Standortbedingungen vor, die dies nicht erlauben.</p> <p>Gegen das Vorhaben bestehen keine Bedenken, wenn ergänzend zum Bebauungsplan eine Niederschlagswasserkonzeption erarbeitet wird. Diese ist mit der uWB und dem WAHB abzustimmen. Dabei sind die folgenden Hinweise zu beachten.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Kenntnisnahme - Im Rahmen der Baugrunduntersuchung soll auch die Versickerungsfähigkeit des Bodens geprüft werden. - Weiterhin ist gem. Stellungnahme des WAHB ein Gemeindekanal zur Niederschlagswasserentsorgung vorhanden. - Die Begründung wird ergänzt und entsprechende Hinweise in die Planzeichnung aufgenommen.

Nr.	TÖB, Datum Schreiben, Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
11.15	<p><u>Hinweise:</u> Gemäß den allgemeinen Sorgfaltspflichten nach § 5 des WHG ist eine Vergrößerung und Beschleunigung des Wasserabflusses zu vermeiden. Diese Anforderung wird mit einer Versickerung oder Rückhaltung/ Zwischenspeicherung des Niederschlagswassers von bebauten und befestigten Flächen erfüllt. Entsprechende Rückhalteanlagen sind im Bebauungsplan festzuhalten und einzuzeichnen.</p> <p>Niederschlagswasser soll ortsnah versickert, verrieselt oder direkt über eine Kanalisation ohne Vermischung mit Schmutzwasser in ein Gewässer eingeleitet werden (§ 55 Abs. 2 WHG). Die Versickerung muss entsprechend des DWA-Regelwerkes Arbeitsblatt DWA-A 138 „Planung, Bau und Betrieb von Anlagen zur Versickerung von Niederschlagswasser“ erfolgen. Dies ist u.a. mit hydrogeologischen Untersuchungen nachzuweisen und danach, sofern möglich und gewollt, textlich festzusetzen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Kenntnisnahme - Wie vorstehend ausgeführt, soll im Rahmen der Baugrunduntersuchung auch die Versickerungsfähigkeit des Bodens geprüft werden. Ergebnisabhängig kann die Ausführung von Versickerungsanlagen oder Anlagen zur Rückhaltung/ Zwischenspeicherung des Niederschlagswassers notwendig werden. - Weiterhin kann ggf. ein bereits vorhandener Niederschlagswasserkanal genutzt werden (s.o.). Da es sich bei der vorliegenden Planung um einen Angebotsplan handelt und derzeit auch die Option der zentralen Entsorgung des Niederschlagswassers über einen Kanal besteht, kann die konkrete Lage und Ausdehnung von Rückhalteanlagen nicht in der Planung festgelegt werden. Dies kann abhängig von der Notwendigkeit (Ergebnis Bodenuntersuchung / mögliche Nutzung Niederschlagswasserkanal) nur in den konkreten Bauvorlagen zum Bauantrag erfolgen, da erst dort die Gebäudestellung festgelegt wird. - Die Begründung wird ergänzt.
11.16	<p>Umweltamt/ untere Bodenschutzbehörde Herr Florschütz, Tel. 03941 5970 5765, E-Mail: marcus.florschuetz@kreis-hz.de</p> <p>Für den Geltungsbereich des Bebauungsplans sind in der Datei schädlicher Bodenveränderungen und Altlasten (sogenanntes Altlastenkataster) nach derzeitigem Kenntnisstand keine altlastverdächtigen Flächen bzw. Altlasten sowie schädliche Bodenveränderungen bzw. Verdachtsflächen bekannt.</p> <p>Sollten Anhaltspunkte für Kontaminationen bzw. organoleptische Auffälligkeiten (Geruch, Aussehen) des Bodens vorliegen, so ist die untere Bodenschutzbehörde des Landkreises Harz unverzüglich zu informieren. Es ist dann eine weitergehende Untersuchung dahingehend erforderlich, ob der Verdacht einer schädlichen Bodenveränderung oder Altlast besteht bzw. ausgeräumt werden kann. Zur Festlegung der weiteren Verfahrensweise sind die entsprechenden Maßnahmen (Recherchen, Untersuchungen usw.) mit der unteren Bodenschutzbehörde des Landkreises Harz abzustimmen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Kenntnisnahme
11.17	<p>Im Bereich der Stadt Ilsenburg/ Ortsteile und der Aufrichtungszone des Harzes liegen der unteren Bodenschutzbehörde Hinweise vor, dass die Möglichkeit von erhöhten Schadstoffwerten im Boden bestehen, welche sowohl geogen bedingt aber auch aus der industriellen Nutzung in Umfeld der</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Kenntnisnahme - Im Zuge der notwendigen Baugrunduntersuchung soll auch eine Untersuchung von Bodenproben auf Schadstoffe erfolgen. Dies erfolgt in weiteren Planungsschritten.

Nr.	TÖB, Datum Schreiben, Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
11.18	<p>Stadt herrühren können.</p> <p>In der jüngeren Vergangenheit wurde das Vorhaben-gebiet als "Anlage zur zeitweiligen Lagerung und Behandlung von Bauabfällen" der ehemaligen Harzer Landschafts- und Wegebau GmbH genutzt. Es diente als Lagerplatz/ -fläche gebrauchsfähiger Betonplatten, für Bodenaushub, Muttererde, Unterbauböden, Kompost, Grünschnitt, Stammholz, Lager- und Aufbereitungsfläche für Hackschnitzel und Betonabbrüche, Abstellfläche für Geräte und Technik, Annahme, Zwischenlagerung und Behandlung von Betonabfällen, Gemischen aus Beton, Ziegeln u.ä., Boden und Steine. Auch hieraus ergeben sich Anhaltspunkte hinsichtlich einer anthropogen verursachten Bodenbelastung.</p> <p>Da der unteren Bodenschutzbehörde des LK Harz keine Gutachten oder Untersuchungsberichte zur beabsichtigten Planung vorliegen, sollte im Zuge des Planverfahrens die bodenschutzrechtliche Eignung der Planfläche fachgutachterlich nachgewiesen werden.</p> <p>Hierzu sind die in der Bundesbodenschutzverordnung (BBodSchV) angegebenen Untersuchungen durchzuführen und anhand der Prüfwerte (Anhang 2, Nr. 1.4 BBodSchV) nutzungsbezogen (hier für Wohngebiet/ Ferienhäuser) zu bewerten. Dies kann z.B. im Rahmen einer anstehenden Baugrunduntersuchung durch ein fachlich geeignetes Unternehmen erfolgen. Sollte die Errichtung von Kinderspielflächen beabsichtigt sein, ist aus Sicht der unteren Bodenschutzbehörde des LK Harz vor Errichtung der Nachweis zu erbringen, dass die strengeren Prüfwerte der Bundesbodenschutzverordnung (Anhang 2 Nr. 1.4) für Kinderspielflächen gegenüber Wohngebieten nachweislich für diese Flächen eingehalten werden.</p> <p>Für die abschließende Stellungnahme ist das Ergebnis der Untersuchungen der uBB des LK Harz zur Prüfung/ Bewertung zu übergeben.</p>	<p>Ein entsprechender Hinweis wird in die Planzeichnung aufgenommen und die Begründung ergänzt.</p> <p>- wird gefolgt.</p> <p>- Die Begründung wird ergänzt und ein Hinweis in die Planzeichnung aufgenommen.</p>
11.19	<p>Umweltamt/ untere Immissionsschutzbehörde Frau Blanke, Tel. 03941 5970 5753, E-Mail: martina.blanke@kreis-hz.de</p> <p>Aus immissionsschutzrechtlicher Sicht stehen dem o.g. Plan keine Bedenken entgegen. Für das weitere Planverfahren werden nachfolgende Hinweise gegeben.</p> <p><u>Hinweise:</u> Nördliche leerstehende Scheune: Nördlich des Plangebietes befindet sich eine seit längerem ungenutzte Scheune. Im Punkt 6.6 der Begründung zum Bebauungsplan wird hier sachgerecht abgewogen, dass die schutzbedürftigen Nutzungen im Plangebiet gegenüber einer Wiederinbetriebnahme der Scheune Vorrang haben soll.</p>	<p>- Kenntnisnahme</p>

Nr.	TÖB, Datum Schreiben, Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
11.20	<p>Festsetzung Art der Nutzung SO 2: Im § 1 Abs. 2 der textlichen Festsetzung wird die zulässige Art der baulichen Nutzung für das SO 1 und SO 2 bestimmt. Gleichzeitig wird im § 1 Abs. 3 der Festsetzung für das SO 2 nur ein Backhaus zugelassen. Damit erübrigen sich für das SO 2 die Nutzungsmöglichkeiten aus Abs. 2. Dieser Widerspruch sollte bereinigt werden.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Kenntnisnahme - Offenbar ist hier die Bezeichnung missverständlich – die Gebäudebezeichnung wird von der Verfasserin mit der zulässigen Nutzung gleichgesetzt. Die Bezeichnung „ehemaliges Backhaus“ bezieht sich nicht auf die Nutzung, sondern ist der vor Ort übliche Name dieses speziellen Gebäudes. - Für die Fläche zur Wiedererrichtung des „ehemaligen Backhauses“ ist als Art der baulichen Nutzung das Sondergebiet SO 2 festgesetzt. Im SO2 sind alle im § 1 Abs. 2 der textlichen Festsetzung aufgeführten Nutzungen zulässig. Dies wird eingangs des § 1 Abs. 2 der textlichen Festsetzungen auch ausgeführt und in der Begründung im Pkt. 7.1 – Art der baulichen Nutzung, Absatz „Sondergebiet SO 2 – Wiedererrichtung altes Backhaus“ erläutert. - Um künftige Missverständnisse zu vermeiden, wird die Bezeichnung des Gebäudes in den Festsetzungen redaktionell in Anführungsstriche gesetzt und die Begründung ergänzt.
11.21	<p>Bauordnungsamt/ vorbeugender Brandschutz Frau Ziesenhenn, Tel. 03941 5970 4168, E-Mail: sybille.zeisenhenn@kreis-hz.de</p> <p>Für das vorstehend näher bezeichnete Vorhaben wird folgende Stellungnahme abgegeben.</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Zisterne zur Sicherstellung des Löschwassers muss entsprechend den Anforderungen der DIN 14230 errichtet werden. 2. Zur öffentlichen Verkehrsfläche Lindenallee sind keine Angaben enthalten. <p style="padding-left: 40px;">Die Feuerwehr benötigt eine Bewegungsfläche von 7 x 12 m.</p> <ol style="list-style-type: none"> 3. Die Prüfung zum Brandschutz der einzelnen Anlagen kann nur auf der Grundlage der konkreten Bauunterlagen erfolgen. <p>Die Stellungnahme bezieht sich ausschließlich auf die vorliegenden Unterlagen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Kenntnisnahme, - Die Begründung wird ergänzt. - Die „Lindenallee“ erfüllt die Anforderung einer öffentlichen Verkehrsfläche. Angaben zur öffentlichen Verkehrsfläche „Lindenallee“ sind bereits in der Planzeichnungen enthalten. Die Planzeichnung ist als Satzungswerk ausschlaggebend. Weiterhin sind erläuternde Angaben hierzu auch bereits in der Begründung (Pkt. 6.9 – Anbindung an das öffentliche Straßennetz) enthalten. - bereits in der Begründung enthalten (Pkt. 6.7 – Vorbeugender Brandschutz), - bereits in der Begründung enthalten (Pkt. 6.7 – Vorbeugender Brandschutz)

Nr.	TÖB, Datum Schreiben, Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
11.22	<p>Amt für Schulverwaltung und Bildung/ SG Bildungsmanagement Frau Herrfurth, Tel. 03941 5970 1172, E-Mail: christin.herrfurth@kreis-hz.de</p> <p>Die Stadt Ilsenburg ist Schulträger von zwei Grundschulen. Zum Schulbezirk der Grundschule in Darlingerode gehört der OT Drübeck. Die Schülerzahlen der Grundschule Darlingerode sind in den vergangenen Jahren stark angestiegen und werden laut Prognose noch weiter ansteigen. Die Aufnahmekapazität der Grundschule ist bereits jetzt schon erschöpft. Der Stadtrat der Stadt Ilsenburg hat einer Schulbezirksänderung jedoch nicht zugestimmt.</p> <p>Weiterführender Bereich: Schüler*innen aus den OT Drübeck und Darlingerode besuchen die Sekundarschule in Ilsenburg, ein Gymnasium in Wernigerode oder eine Förderschule für Lernbehinderte in Wernigerode. Die Aufnahmekapazität der Sekundarschule in Ilsenburg ist bereits erschöpft. Ein zusätzlicher Aufwuchs von Schüler*innen führt perspektivisch zu noch drastischeren räumlichen Engpässen an der Sekundarschule. Die Schule verfügt bereits zum jetzigen Zeitpunkt über mehr Klassen, als Klassenräume vorhanden sind. Der zu empfehlende Raumfaktor von 1,5 pro Klasse kann nicht eingehalten werden. Aktuell wird nach möglichen Maßnahmen gesucht, der Raumproblematik entgegenzuwirken. Auch die Schülerzahl der Förderschule LB bleibt seit Jahren auf einem hohen Niveau konstant. Das Stadtfeld-Gymnasium verfügt derzeit auch über eine sehr hohe Schüleranzahl. Die Raumfaktoren von 1,5 in der Sekundarstufe I sowie 1,8 in der Sekundarstufe II können auch hier zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr eingehalten werden. Zu bemerken ist hier jedoch, dass für Gymnasien im LK Harz keine Schuleinzugsbereiche festgelegt sind. Schüler*innen könnten auch das Gymnasium „Gerhart Hauptmann“ anwählen.</p>	- Kenntnisnahme
11.23	<p>Ordnungsamt, Straßenverkehr Frau Unger, Tel. 03941 5970 4236, E-Mail: straßenverkehr@kreis-hz.de</p> <p>Belange der Zuständigkeit der Straßenverkehrsbehörde des Landkreises sind nicht betroffen, zuständige örtliche Verkehrsbehörde ist die Stadt Ilsenburg (Harz).</p>	- Kenntnisnahme
11.24	<p>Amt für Kreisstraßen/ untere Straßenaufsicht Herr Schischke, Tel. 03941 5970 4116, E-Mail: paskal.schischke@kreis-hz.de</p> <p>Grundsätzlich bestehen unter Beachtung der nachstehenden Hinweise keine Bedenken zum Bebauungsplan „Lindenallee“.</p> <p>1. <u>Kreisstraßenbelange:</u></p>	

Nr.	TÖB, Datum Schreiben, Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
	Es wird keine Kreisstraße betroffen.	- Kenntnisnahme
11.25	<p><u>2. untere Straßenaufsicht:</u> Im Plangebiet wird die Errichtung von Wohngebäuden sowie von Ferienhäusern geplant. Für die straßenmäßige Erschließung verlangt die Rechtsprechung, dass das Bauvorhaben einen gesicherten Zugang zu einer öffentlichen Straße hat, die eine Zufahrt mit Kraftfahrzeugen einschließlich öffentlichen Versorgungsfahrzeugen erlaubt. Weiterhin muss die Straße in der Lage sein, den vom Bauvorhaben verursachten zusätzlichen Verkehr ohne Beeinträchtigungen der Verkehrssicherheit oder des Straßenzustands aufzunehmen.</p> <p>Im vorliegenden Fall ist das Plangebiet durch die öffentliche Gemeindestraße „Lindenallee“ grundsätzlich erschlossen. Gemäß dem Punkt 6.9. der Begründung soll an der Gemeindestraße anschließend eine „private Stichstraße mit Wendeschleife geplant“ werden. Dabei wird für Rettungs- und Müllfahrzeuge „ein entsprechendes Geh-, Fahr- und Leitungsrecht festgesetzt“. In diesem Fall wird darauf hingewiesen, dass entsprechend für den Bau, die Unterhaltung und die Verkehrssicherungspflicht der privaten Verkehrsfläche der/die privaten Eigentümer verantwortlich sind.</p>	- Kenntnisnahme
<p>Keine weiteren Hinweise hatten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Umweltamt/ untere Abfallbehörde • Ordnungsamt/ SB Katastrophenschutzplanung • Amt für Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung <p>Keine Stellungnahme abgegeben haben bisher *:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bauordnungsamt/ SG Bauaufsicht • Behindertenbeauftragte • Amt für Investition und Bauen/ SG Kreisentwicklung und Wirtschaftsberatung • Amt für Investition und Bauen/ ÖPNV • Amt für Gebäudemanagement und zentrale Dienste/ kreisliche Liegenschaften • Umweltamt/ untere Forstbehörde <p>* (Da es pandemiebedingt in der Landkreisverwaltung verstärkt zu Mitarbeiterausfällen kommt, werden ggf. nachträglich abgegebene Stellungnahmen nachgereicht.)</p>		
	(B)	
11.26	<p>Der Bebauungsplan soll im vereinfachten Verfahren gemäß § 13a BauGB aufgestellt werden. Es wird empfohlen noch einmal zu prüfen, ob wirklich das richtige Planverfahren gewählt wurde. Bezugnehmend auf die planungsrechtliche Stellungnahme zu einem Vorhaben am betrachteten Standort bzw. das Anschreiben zur Anhörung vom 30.11.2020 (AZ 02904-2019) wurde der Bereich nach § 35 BauGB beurteilt.</p> <p>Flächen, welche für eine Innenentwicklung gedacht sind, müssen dem Siedlungsbereich zuzurechnen sein. Inwieweit eine aufgegebenene Konversionsfläche dem entspricht, ist anhand von vorhandenen versiegelten bzw. bebauten Flächen, welche den</p>	<p>- Wird nicht gefolgt,</p> <p>- Die Durchführbarkeit der Planung als BPlan der Innenentwicklung gem. 13a BauGB im beschleunigten / vereinfachten Verfahren wurde in der Begründung im Pkt. 8 – Verfahren nachgewiesen (vgl. auch Begründung Pkte. 2; 3.4 und 4). Somit steht einer Anwendung des beschleunigten / vereinfachten Verfahrens nichts entgegen.</p> <p>Ergänzend sei noch darauf verwiesen, dass im Norden, Osten, Westen und Süden des</p>

Nr.	TÖB, Datum Schreiben, Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
	<p>Siedlungsbereich vorprägen, festzustellen. Auf dem hier betrachteten Gelände wurde größtenteils bereits vor 5 bis 6 Jahren eine Entsiegelung bzw. Beräumung vorgenommen, so dass eine solche Prägung kaum noch vorhanden sein kann.</p>	<p>Plangebietes bereits Bebauung vorhanden und auch der Geltungsbereich selbst teilweise bebaut ist (Bürogebäude, Unterstand, ehem. Backhaus). Zudem sind auch durchaus Befestigungen bis in eine Tiefe von ca. 50-60 m sichtbar. Die westlich / südlich angrenzende Bebauung erreicht dieselbe Tiefe wie die geplanten Sondergebiete. Auch wenn möglicherweise in jüngerer Vergangenheit Entsiegelungen vorgenommen wurden, so ist das Plangebiet doch vollständig von Besiedelung geprägt und zum Siedlungsbereich an der „Lindenallee“ zu rechnen. Dies wird auch durch die Darstellungen in topografischen Karten (TK10) sowie des amtlichen Liegenschaftskatasters (ALK, Stand 04/2020) deutlich. Allenfalls handelt es sich planerisch um einen Außenbereich im Innenbereich – und auch hierfür ist ein BPlan der Innenentwicklung das geeignete Planungsinstrument.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die Begründung wird ergänzt.
11.27	<p>Die textliche Festsetzung zur Art der baulichen Nutzung im SO2 ist ggf. widersprüchlich bzw. nicht eindeutig. Es ist zu klären, ob das Backhaus seiner ursprünglichen Nutzung gemäß als solches genutzt werden soll oder ob hier auch die Unterbringung einer Ferienwohnung möglich/ geplant ist.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Kenntnisnahme - Offenbar ist hier die Bezeichnung missverständlich – die Gebäudebezeichnung wird von der Verfasserin mit der zulässigen Nutzung gleichgesetzt. Die Bezeichnung „ehemaliges Backhaus“ bezieht sich nicht auf die Nutzung, sondern ist der vor Ort übliche Name dieses speziellen Gebäudes. - Für die Fläche zur Wiedererrichtung des „ehemaligen Backhauses“ ist als Art der baulichen Nutzung das Sondergebiet SO 2 festgesetzt. Im SO2 sind alle im § 1 Abs. 2 der textlichen Festsetzung aufgeführten Nutzungen zulässig – auch eine Ferienwohnung. Dies wird eingangs des § 1 Abs. 2 der textlichen Festsetzungen auch ausgeführt und in der Begründung im Pkt. 7.1 – Art der baulichen Nutzung, Absatz „Sondergebiet SO 2 – Wiedererrichtung altes Backhaus“ erläutert. - Um künftige Missverständnisse zu vermeiden, wird die Bezeichnung des Gebäudes in den Festsetzungen redaktionell in Anführungsstriche gesetzt, die Bezeichnung „Gebäude“ sowie „sogenannt“ vorangestellt und die Begründung ergänzt.
11.28	<p>In der Begründung wird an mehreren Stellen geschrieben, dass um das Plangebiet herum Wohn- und Ferienhäuser vorhanden sind. Es sollte geprüft werden, ob das wirklich die einzigen Nutzungen sind oder ob es sich, insbesondere bei der Bebauung im Westen, nicht eher um Wo-</p>	<ul style="list-style-type: none"> - wird gefolgt, - Im Westen sind auch Wochenendhäuser vorhanden. - Die Begründung wird ergänzt.

Nr.	TÖB, Datum Schreiben, Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
	chenendhäuser handelt. Gemäß Baunutzungsverordnung handelt es sich bei Wochenend- und Feriehäusern um zwei unterschiedliche Nutzungskategorien.	
11.29	Ich bitte Sie, die gegebenen Hinweise für die weitere Planung zu berücksichtigen. Diese Stellungnahme gilt, solange sich nichts anderes aufgrund der Änderung von Rechtsgrundlagen ergibt oder bis neue rechtsrelevante Erkenntnisse bekannt werden.	- Kenntnisnahme
11.30	Ich bitte Sie, den Landkreis Harz auch weiterhin über den Verlauf der Planung zu informieren, insbesondere um Mitteilung über das Abwägungsergebnis und die Übersendung von 1 Ausfertigungsexemplar, wenn der Bebauungsplan auch zeitnah X-Planungskonform auf der gemeinsamen Plattform dem Landkreis Harz zur Verfügung steht. Ansonsten wird um Übersendung je 1 Ausfertigungsexemplars in Papier- sowie in digitaler Form gebeten.	<ul style="list-style-type: none"> - wird gefolgt, - Die geforderten Unterlagen werden nach Rechtskraft übergeben bzw. zur Verfügung gestellt.

Keine Einwände hatten folgende Nachbargemeinden, Behörden und Träger öffentlicher Belange:

- Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Fontainengraben 200, 53123 Bonn, Schreiben vom 29.03.2021,
- Entsorgungswirtschaft des Landkreises Harz AöR (enwi), Braunschweiger Straße 87/88, 38820 Halberstadt, Schreiben vom 07.04.2021,
- Landesverwaltungsamt - Referat Naturschutz, Landschaftspflege, Bildung für nachhaltige Entwicklung, Dessauer Straße 70, 06118 Halle (Saale), Schreiben vom 12.04.2021,
- Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt - Referat Wasser, Dessauer Str. 70, 06118 Halle, Schreiben vom 07.04.2021,
- Unterhaltungsverband „Ilse/Holtemme“, Am Thie 6, 38871 Ilsenburg / OT Drübeck, Datum Schreiben 15.04.2021,
- Amt für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten Mitte, Große Ringstraße 52, 38820 Halberstadt, Datum Schreiben: 20.04.2021,
- Industrie- und Handelskammer Magdeburg, Alter Markt 8, 39104 Magdeburg, Datum Schreiben: 20.04.2021,
- Landesstraßenbaubehörde - Regionalbereich West, Rabahne 4, 38820 Halberstadt, Datum Schreiben: 22.03.2021,
- Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt - Referat Immissionsschutz, Dessauer Straße 70, 06118 Halle (Saale), Datum Schreiben: 30.04.2021,
- Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt, Richard-Wagner Straße 9, 06114 Halle (Saale), Datum Schreiben: 04.05.2021,
- Landesamt für Vermessung und Geoinformation Sachsen-Anhalt, Otto-von-Guericke-Straße 15, 39104 Magdeburg, Datum Schreiben: 28.04.2021,
- Stadt Wernigerode, Schlachthofstraße 6, 38855 Wernigerode, Datum Schreiben: 07.05.2021,
- Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH, Südwestpark 15, 90449 Nürnberg, Datum Schreiben: 03.05.2021.

Von weiteren beteiligten Behörden, Nachbargemeinden oder sonstigen Trägern öffentlicher Belange sind keine Stellungnahmen eingegangen.

Aufgestellt:

Dipl. Ing. Frank Ziehe
Hessen im Mai 2021